SPD Fraktion im Bayerischen Landtag

FAQ zur Reform des BayKiBiG

Warum wurde das BayKiBiG reformiert?

- **Gemeinsame Verantwortung:** Die Kosten der Kindertagesbetreuung in Bayern werden gemeinsam von Freistaat, Kommunen und Eltern getragen.
- **Steigende Kosten:** Die Betriebskosten der Kitas sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.
- **Große Förderlücke:** Die staatliche Förderung hat nur 60 bis 65 Prozent der tatsächlichen Kosten gedeckt. Nötig wären 90 Prozent – dafür setzt sich die SPD-Landtagsfraktion seit Jahren ein.
- **Ziel der Reform:** Der Freistaat erhöht seinen Anteil an der Betriebskostenfinanzierung deutlich – ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten. Die Deckungsquote der Betriebskosten steigt **damit von 60–65 Prozent auf voraussichtlich rund 75 Prozent.**

Was genau wurde geändert?

- **Umverteilung statt zusätzlicher Mittel:** Es fließt kein neues Geld ins System, sondern bestehende Fördermittel werden in den Qualitätsbonus umverteilt und sollen so direkt den Kommunen und Trägern zugutekommen.
- **Direkte Familienförderung fällt weg:** Familiengeld, Krippengeld und der zweckgebundene Beitragszuschuss für den Kindergarten werden komplett gestrichen – die direkte Familienförderung in Bayern sinkt damit von bis zu 12.000 Euro auf null Euro.

Wie bewerten wir die Reform?

- **Das Grundproblem bleibt ungelöst:** Das BayKiBiG ist über 20 Jahre alt und die Kitas sind bis heute strukturell unterfinanziert. Kommunen, Eltern und Träger gleichen die Lücke seit Jahren notdürftig aus.

MdL Doris Rauscher
Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
www.doris-rauscher.de

- **Die Finanzierungslücke besteht weiter:** Eine wirklich auskömmliche Betriebskostenfinanzierung wird nicht erreicht. Nötig wäre dazu eine Refinanzierung von 90%, dazu bräuchte es ca. 800 Millionen Euro mehr Geld pro Jahr. Die Folge: Elternbeiträge werden weiter steigen. Einige Kommunen und Träger haben das bereits angekündigt.
- **Keine bessere Qualität:** Die Reform bringt weder höhere Bildungs- und Betreuungsqualität noch bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen für Beschäftigte.

Was fordern wir?

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Gesetzgebungsverfahren 12 Änderungsanträge gestellt und bis zuletzt für den Erhalt des zweckgebundenen Beitragszuschusses gekämpft.

- **Familien entlasten:** Die 100 Euro im Monat sollen weiter direkt bei den Eltern ankommen, statt in der allgemeinen Betriebskostenförderung aufzugehen – als erster Schritt hin zur vollständig kostenfreien Kita.
- **Qualität verbessern:** Gute frühkindliche Bildung braucht vor allem Zeit für jedes Kind. Wir wollen mehr Personal pro Kind und eine bessere Förderung für Kinder mit besonderem Bedarf, etwa in der Krippe, bei Inklusion oder Sprachförderung.
- **Finanzierung langfristig sichern:** Kitas und Träger brauchen Planungssicherheit über 2029 hinaus. Die Förderung soll automatisch mit den Kosten mitwachsen. Gelder für Fachstellen wie Sprachförderung sollen weiter verlässlich und direkt bei den Trägern ankommen, damit bewährte Strukturen, Expertise und Fachkräfte erhalten bleiben.

Wie begegnen wir den AfD-Anträgen vor Ort?

Die AfD stellt bayernweit Anträge in den Kommunen, die Übernahme der Elternbeiträge in Höhe von 100 Euro zu übernehmen und inszeniert sich damit auf Kosten der Kommunen als Familienpartei.

Wir sagen: Den Zuschuss hat die Staatsregierung gestrichen, also muss ihn auch der Freistaat wieder zahlen, um in ganz Bayern Familien gleichermaßen zu entlasten.

MdL Doris Rauscher
Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
www.doris-rauscher.de

- **Die AfD verkennt das Grundproblem:** Kitas sind seit Jahren strukturell unterfinanziert. Die Forderung belastet die Kommunen deutlich
- **Die Staatsregierung hat die Verantwortung abgewälzt:** Sie hat Familienleistungen gestrichen und steigende Elternbeiträge in Kauf genommen. Die Kommunen stecken nun im Dilemma zwischen der Gebührenerhöhung oder der Haushaltskonsolidierung.
- **Kommunale Einzellösungen schaffen Ungerechtigkeit:** Ob Familien entlastet werden, hinge vom Kontostand der Gemeinde ab. Familienentlastung muss für alle Kinder in Bayern gleich gelten.
- **Wir haben im Landtag für die 100 Euro gekämpft:** Bis zuletzt haben wir uns für den Erhalt des zweckgebundenen Beitragszuschusses eingesetzt – CSU und Freie Wähler haben das abgelehnt.
- **Unser Ziel ist eine landesweite Lösung:** verlässlich, als Schritt zur kostenfreien Kita – keine Verlagerung der Kosten in die Kommunen.
- **Die CSU sagt:** Was nichts kostet ist nichts wert, und Kita ist kommunale Pflichtaufgabe. **Wir sagen:** Kita ist kommunale Pflichtaufgabe, das sollte sich auf die Infrastruktur beziehen, nicht aber auf den Betrieb. Und: Bildung ist Länderhoheit – frühkindliche Bildung ist Bildung.

MdL Doris Rauscher
Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
www.doris-rauscher.de